

ZEW Wirtschaftsforum 2002

Zum Wirtschaftsforum 2002 konnte ZEW-Präsident Professor Dr. Wolfgang Franz über 300 Teilnehmer in Mannheim begrüßen. Die diesjährige Veranstaltung bot mit Vorträgen und Diskussionen zu einer Steuerreform für Deutschland und Referaten zum Wirtschaftsstandort und zum globalen Wettbewerb eine breite Themenpalette zu verschiedenen aktuellen Fragestellungen.



ZEW-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Franz (am Rednerpult) begrüßt die Teilnehmer am Wirtschaftsforum sowie die Referenten (von rechts) Prof. Dr. Paul Kirchhof, Gerhard Stratthaus, PD Dr. Robert Schwager, Prof. Dr. Rolf Peffekoven und Oswald Metzger.

Foto: GES

■ Den Auftakt der Veranstaltung bildete eine Diskussion über eine grundlegende Reform des Steuerrechts in Deutschland. In seinem Eingangsreferat beklagte Professor Dr. Paul Kirchhof, Universität Heidelberg, dass der Staat seine Steuerbürger überfordere. Einerseits, so der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht, fordere er Steuerehrlichkeit, andererseits mache er es seinen Bürgern durch das völlig unübersichtliche Steuerrecht fast unmöglich, eine einigermaßen korrekte Steuererklärung ohne Hilfe eines Steuerberaters abzugeben.

Kritik übte Kirchhof an der Tatsache, dass das deutsche Steuerrecht auf Ungleichheit angelegt sei. Nach dem Krieg hätten die Alliierten hohe Steuern oktroyiert, die eine stetige Durchlöcherung der Bemessungsgrundlage nach sich ge-

zogen hätten, um die Steuerbelastung abzumildern. Heute gebe es als Folge davon eine Vielzahl an Ausnahmetatbeständen.

Deutsches Steuersystem marode

Für das Steuersystem in Deutschland sieht Kirchhof somit dringenden Reformbedarf. Ein neues, einfacheres Steuersystem sollte statt bisher sieben Einkunftsarten nur noch eine haben. Sämtliche Durchbrechungstatbestände wie beispielsweise Entfernungspauschale oder steuerfreie Nachtzuschläge sollten aus der Einkommensteuer herausgenommen werden. Die so verbreiterte Bemessungsgrundlage sollte aufkommensneutral Steuersätze ermöglichen, die von 15 bis dann nur noch 35 Prozent reichten. Ehe und Familie sollten sachgerechter als

bisher bei der Einkommensteuer berücksichtigt werden. Bei der Besteuerung juristischer Personen dürfe künftig nicht mehr wie bisher die Wahl der Organisationsform zu Steuerunterschieden führen. Die Körperschaftsteuer solle daher vollständig in die Einkommensteuer einge-

In dieser Ausgabe

ZEW Wirtschaftsforum 2002	1
ZEW-Neuerscheinungen	3
Kanäle der Konjunkturübertragung	4
Sozialhilfesysteme in Europa	5
Bilanzen und Aktienanalyse	6
ZEW-Konferenz	7, 8
ZEW-Kolloquium	9
ZEW intern	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

ZEW-Forschungsergebnisse

gliedert werden. Weiterer Bestandteil der Reformvorschläge sei, eine gegenwartsnahe Besteuerung anzustreben und die bisher 36 Bundessteuern in nur noch vier Steuern zusammenzuführen. Diese sollten in einem einzigen Kodex zusammengefasst werden, denn heute wisse keiner so genau, wo überall einzelne steuerrelevante Regelungen zu finden seien.

Kirchhof sieht für seine Reformvorschläge durchaus Realisierungschancen. In Gesprächen mit Parlamentariern, Finanzministern aber auch Verbandsvertretern habe er Unterstützung erfahren. Die Tür für eine Reform stehe einen Spalt weit offen. Es lohne sich, daran zu arbeiten, diesen Spalt zu verbreitern.

In einem Korreferat zu den Ausführungen Kirchhofs wies der Bundestagsabgeordnete Oswald Metzger, Finanzpolitiker von Bündnis90/Die Grünen, auf Hindernisse hin, die in der kommenden Legislaturperiode einer Steuerreform entgegen stehen könnten. So müssten die Sozialbudgets zurückgefahren werden und die Lage am Arbeitsmarkt sei weiterhin kritisch. Wenn vor dem Hintergrund dieser Situation entsprechende Strukturformen nicht kämen, werde das Wirtschaftswachstum es alleine nicht richten können. Bei den dann absehbaren Steuerausfällen sehe er die Gefahr, dass nach der Wahl die Regierung weniger eine Reform des Steuerrechts als eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei bis vier Prozent ins Auge fassen könnte.

Professor Dr. Rolf Peffekoven, Universität Mainz, betonte in seinem Referat, dass er Kirchhof weitgehend zustimmen könne. Hinsichtlich der Umsetzung der Reformvorschläge zeigte sich der ehemalige Wirtschaftsweisen aber skeptisch. Die Gedanken Kirchhofs und seines Karlsruher Arbeitskreises seien ja nicht neu. Ähnliche Vorschläge gebe es von anderen Experten schon seit Jahren, aber genützt habe es bisher nichts.

Der Finanzminister des Landes Baden-Württemberg, Gerhard Stratthaus, erklärte, dass er einer Steuerreform durchaus positiv gegenüber stehe. Ein Problem von deren Umsetzung sei allerdings, dass die großen Parteien noch immer den Ausnahmetatbeständen im Steuerrecht stark verhaftet seien. Ohne eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage werde sich ei-



Prof. Dr. h.c. Lothar Späth spricht über Globalisierung.

Foto: GES

ne Reform aber nicht machen lassen. Wer aber Kilometerpauschalen, steuerfreie Nachtzuschläge oder Steuervergünstigungen für die Landwirtschaft abschaffen wolle, müsse sich auf härtesten Widerstand von Betroffenen und Lobbyisten gefasst machen.

Ostdeutschland bremst Wachstum

Im Rahmen des ZEW-Konjunkturforums referierte Dr. Eckhard Wurzel von der OECD über den Wirtschaftsstandort Deutschland aus internationaler Perspektive. Als die großen deutschen Probleme bezeichnete er das ungenügende Wirtschaftswachstum, die hohe Arbeitslosigkeit und die enormen demographischen Herausforderungen. Eine zentrale Ursache für die Wachstumsschwäche Deutschlands in den vergangenen Jahren sind für Wurzel die neuen Bundesländer. Es habe gewaltige West-Ost-Transfers gegeben, aber kein sich selbst tragendes Wachstum in den neuen Ländern. Die Wettbewerbsfähigkeit sei in Ostdeutschland zu langsam gewachsen und die Dauersubventionen hätten zu Fehlsteuerungen geführt – zu sehen an dem überproportional ausgedehnten Bausektor.

Damit die ostdeutsche Wirtschaft künftig stärker wachsen kann, müssen nach Wurzels Ansicht behindernde Regularien abgebaut werden. In den Infra-

struktur- und Verkehrsbereich müsse die öffentliche Hand mehr investieren. Da die Mittel begrenzt seien, sollten die Investitionsprioritäten überdacht werden. Ein großes Problem sieht Wurzel in dem immer stärkeren Auseinanderklaffen von Brutto- und Nettoverdiensten in Deutschland. Um diesem Trend entgegenzuwirken sei es wichtig, die Sozialbudgets zu durchforsten und zurückzuschrauben. Diese Strukturformen müssten mit einer fiskalischen Konsolidierung verknüpft werden, die vor allem über die Ausgabenseite erfolgen müsse.

Gründungsförderung und EU-Finanzmarkt

Im nächsten Programmteil des Wirtschaftsforums „Wissenschaft für die Praxis“ wurden die Ergebnisse aus zwei Forschungsprojekten des ZEW vorgestellt. Dr. Matthias Almus referierte über eine Untersuchung zu den Auswirkungen der öffentlichen Gründungsförderung auf das Beschäftigungswachstum in Unternehmen. Als Datenbasis hätten Daten der Deutschen Ausgleichsbank und des ZEW-Gründungspanels zur Verfügung gestanden. Es habe sich gezeigt, dass Unternehmen, die öffentliche Gründungsförderung erhalten hätten, ein deutlich stärkeres Beschäftigungswachstum hätten als Unternehmen ohne diese Förderung.

ZEW-Forschungsergebnisse

Dr. Friedrich Heinemann stellte die Ergebnisse einer internationalen Untersuchung über die Probleme des EU-Binnenmarkts für Finanzdienstleistungen vor. Er führte aus, dass die europäische Kleinstaaterei durch nationale Hemmnisse noch immer die Vollendung des einheitlichen EU-Binnenmarkts für Finanzdienstleistungen behindere. Den Sparer komme dies teuer zu stehen. Bis zu 5 Milliarden Euro könnten beispielsweise jedes Jahr eingespart werden, wenn ein echter Binnenmarkt für Fondsprodukte mit größeren Fondsvolumina geschaffen würde.

Globalisierung – Chance oder Risiko?

Ein weiteres Highlight zum Abschluss des ZEW Wirtschaftsforums 2002 war der Vortrag von Professor Dr. h.c. Lothar Späth zum Thema „Globaler Wettbewerb – eher Chance als Risiko?“. Eine global mobile und freiheitliche Gesellschaft

müsse mit der Globalisierung leben, formulierte der Vorstandsvorsitzende der Jeonoptik AG gleich zur Eröffnung seines Vortrags sein Credo. Eine Abschottung dagegen sei nicht möglich. Europa müsse sich darüber klar sein, dass der Bonus des EU-Binnenmarkts aufgebraucht sei. Heute befinde man sich mit anderen Binnenmärkten weltweit in einer zunehmend härteren Standort-Konkurrenz. Die international tätigen Unternehmen analysierten sehr genau, welche Region ihnen die größten Vorteile biete und entschieden dann, wo sie eine neue Fabrik errichteten.

Dienstleister und Güterproduzenten fühlten sich von der Globalisierungsdiskussion unterschiedlich stark betroffen. Da Dienstleistungen eher lokal erbracht würden, betrachteten Dienstleister die Globalisierung bisher eher gelassen. Ganz im Gegensatz zu den Güterproduzenten, die schon heute in einem immer schärferen Wettbewerb stünden. Wenn aber im Rahmen der Globalisierung im-

mer mehr Güter an anderen Orten billiger hergestellt werden könnten als in Deutschland, dann stelle sich die Frage, was zu tun sei. Löhne senken, um preislich wettbewerbsfähiger zu werden, dürfte kaum möglich sein angesichts gewaltiger Ausgaben im Sozialbereich und enormer Rentenlasten. Es müsse also die Produktivität gesteigert werden, um mithalten zu können. Allerdings würden die Wettbewerber das auch versuchen. Letztlich laufe alles auf einen unerbittlichen Innovationswettbewerb zwischen den Hochlohnländern hinaus, um in der globalen Wirtschaft bestehen zu können. Dafür aber sei Deutschland bei Weitem nicht gut genug gerüstet. Nach Späths Ansicht ist daher eine Bildungsreform in Deutschland ebenso erforderlich wie eine Reform der Gesellschaft insgesamt. Die Bedeutung von unternehmerischem Engagement, Leistungsdynamik und Flexibilität müsste wieder einen zentralen Stellenwert erhalten. ◀

Gunter Grittmann, grittmann@zew.de

ZEW-Neuerscheinungen

■ Discussion Papers

Kaiser, Ulrich: *A Note on Pricing and Efficiency in Print Media Industries*, No. 02-33.

Beblo, Miriam; Lauer, Charlotte: *Intergenerational Poverty Dynamics in Poland: Family Background and Children's Educational Attainment During Transition*, No. 02-34.

Stirböck, Claudia: *Relative Specialisation of EU Regions: An Econometric Analysis*

of Sectoral Gross Fixed Capital Formation, No. 02-36.

Engel, Dirk: *Welche Regionen profitieren von Venture Capital-Aktivitäten?*, No. 02-37.

Ziegler, Andreas: *Simulated Classical Tests in the Multiperiod Multinomial Probit Model*, No. 02-38.

Boeters, Stefan; Böhringer, Christoph; Feil, Michael: *Taxation and Unemployment: An Applied General Equilibrium*

Approach for Germany, No. 02-39.

Boockmann, Bernhard: *Mixed Motives – An Empirical Analysis of ILO Roll-Call Votes*, No. 02-40.

Czarnitzki, Dirk; Doherr, Thorsten: *Genetic Algorithms: A Tool for Optimization in Econometrics – Basic Concept and an Example for Empirical Applications*, No. 02-41.

Boockmann, Bernhard; Thurner, Paul W.: *Flexibility Provisions in Multilateral Environmental Treaties*, No. 02-44.

Matthias Almus:

Wachstumsdeterminanten junger Unternehmen

Unternehmensgründungen spielen eine wichtige Rolle für die Wirtschaft eines Landes. Sie stärken die Innovationskraft und schaffen Arbeitsplätze. Welche Faktoren das Beschäftigungspotenzial der jungen ost- und westdeutschen Unternehmen beeinflussen, ist bislang nur unzureichend untersucht worden. Der vorliegende Band präsentiert empirische Untersuchungen, die zur Klärung dieser Frage beitragen. Zu den Einflussfaktoren gehört auch die öffentliche Gründungsförderung seitens der Deutschen Ausgleichsbank (DtA), die hier detailliert analysiert wird. Ein weiterer Schwerpunkt betrifft den Erfolg von jungen Unternehmen. Es wird gezeigt, dass sich der Marktaustritt von Unternehmen schon einige Jahre zuvor durch ein langsames Beschäftigungswachstum ankündigt. Die Untersuchungen basieren auf einem neuen Datensatz, der ZEW-Gründerstudie. Die empirischen Auswertungen der Daten erfolgen mit Hilfe mikroökonomischer und statistischer Verfahren.

Band 60, Nomos-Verlagsgesellschaft Baden-Baden, 2002, ISBN 3-7890-7972-3

ZEW-Forschungsergebnisse

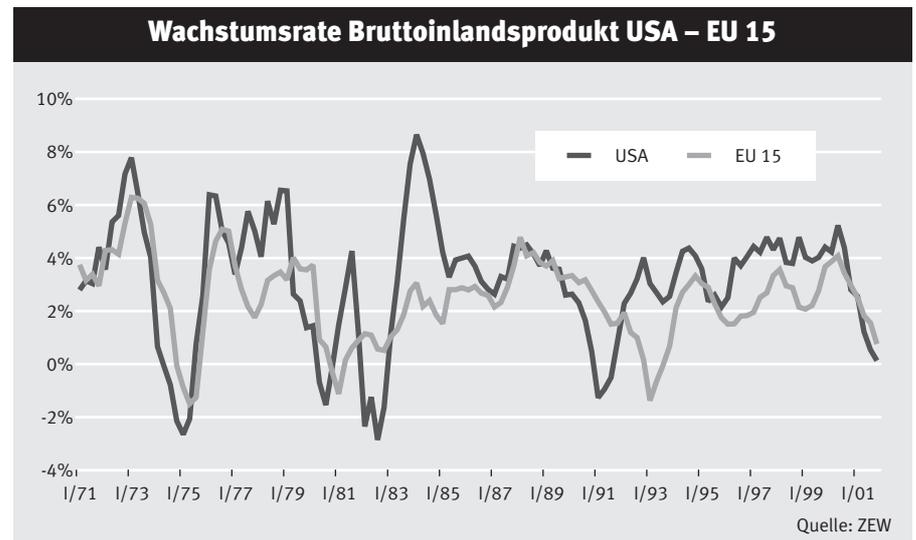
Neue Kanäle der Konjunkturübertragung

Die jüngsten Entwicklungen haben deutlich gemacht, dass neben den traditionellen Transmissionswegen konjunktureller Impulse – Außenhandel, Wechselkurse und internationaler Zinszusammenhang – weitere Übertragungsmechanismen analysiert werden müssen, um ein umfassendes Bild des internationalen Konjunkturzusammenhangs zu gewinnen. Das ZEW hat jetzt im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie untersucht, welche Bedeutung die Übertragung konjunktureller Impulse über die Finanzmärkte, im Unternehmenssektor sowie über das Geschäfts- und Konsumklima hat.

■ Zunächst wurden die konjunkturellen Verflechtungen zwischen den USA, Deutschland, Italien, Frankreich und Großbritannien in der Langfristperspektive untersucht. Berücksichtigt wurde dabei auch die Rolle exogener Ölpreisschocks. Insgesamt lassen die Ergebnisse keine deutlichen Anzeichen für eine deutliche Veränderung des Konjunkturverbunds in den Neunzigerjahren gegenüber den Siebziger- und Achtzigerjahren erkennen. Dies schließt jedoch nicht aus, dass einzelne Kanäle der Konjunkturübertragung an Bedeutung gewonnen oder verloren haben.

Anhaltspunkte für eine gestiegene Bedeutung sind vor allem für den Finanzmarktkanal, aber auch für die Übertragung von Vertrauensimpulsen festzustellen. Dies gilt insbesondere für die Ansteckung der Aktienmärkte und der Vertrauensindikatoren durch Impulse aus den USA. Weitergehende Wirkungen auf realwirtschaftliche Größen haben sich jedoch nicht wesentlich verstärkt. Im Fall Deutschlands hat sich der Einfluss sogar teilweise abgeschwächt. In Bezug auf den Unternehmenssektor ergab sich kein einheitliches Bild. Während unternehmensbezogene Analysen insbesondere für den High-tech-Bereich Hinweise auf die Relevanz des Kanals ergaben, war auf der Basis hoch aggregierter Daten eine eigenständige Bedeutung des Unternehmenskanals für die internationale Konjunkturübertragung nicht erkennbar.

Für Wirtschaftspolitiker stellt sich nach den Erfahrungen 2001/2002 die Frage, wie die Widerstandskraft der deutschen Wirtschaftsentwicklung gegen rezessive Einflüsse von außen gestärkt werden kann. Neben allgemeinen und wohlbekannten Punkten – flexible Märkte, nachhaltige Finanzpolitik, Preisniveaustabilität, regionale Diversifikation



in der Export- und Finanzstruktur – können auch einige dezidierte Empfehlungen gegeben werden, die den Finanzmarktkanal, den Unternehmenskanal und den Vertrauenskanal betreffen.

Regelgebundene Politik sinnvoll

Die Auswirkungen des Aktienmarktes auf Konsum und Investitionen dürften in Phasen von Marktüberreibungen besonders groß sein. Daher sollte die Verbesserung politischer Rahmenbedingungen vor allem auf eine Verstetigung der Aktienkursentwicklung durch weitere Integration der europäischen Kapitalmärkte abzielen. Die Umstellung von einer umlagefinanzierten zu einer stärker kapitalgedeckten Finanzierung der Altersvorsorge sollte ebenfalls zu einem positiven Effekt führen. Die Ergebnisse zum Unternehmenssektor stützen tendenziell die Hypothese, dass regionale und sektorale Diversifikation konjunkturstabilisierend wirkt. Insofern wäre es unter der Zielsetzung der Glättung des Konjunkturzyklus kontraproduktiv, grenzüberschreitende

Fusionen und Übernahmen zu behindern. Die Analysen zum Vertrauenskanal haben vor allem ergeben, dass die amerikanischen Vertrauensindizes vermutlich einen erheblichen Einfluss auf die europäischen ausüben. Dieser Einfluss steht in einem gewissen Missverhältnis zur Bedeutung des US-amerikanischen Wirtschaftswachstum und des bilateralen Außenhandels mit den USA und könnte durch eine entsprechende Ausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit möglicherweise gemindert werden. Allgemein ist die regelgebundene Koordination, wie sie etwa im europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt praktiziert wird, auch im Kontext der Konjunkturtransmission sinnvoll. Diese Regeln zielen auf die Stärkung einer nachhaltigen Finanzpolitik und sind somit geeignet, die Immunisierung europäischer Volkswirtschaften gegen weltwirtschaftliche Störungen zu fördern.

Die Studie wird voraussichtlich im Herbst 2002 in der Schriftenreihe ZEW-Wirtschaftsanalysen erscheinen. ◀

Dr. Peter Westerheide, westerheide@zew.de

ZEW-Forschungsergebnisse

Sozialhilfesysteme in Europa

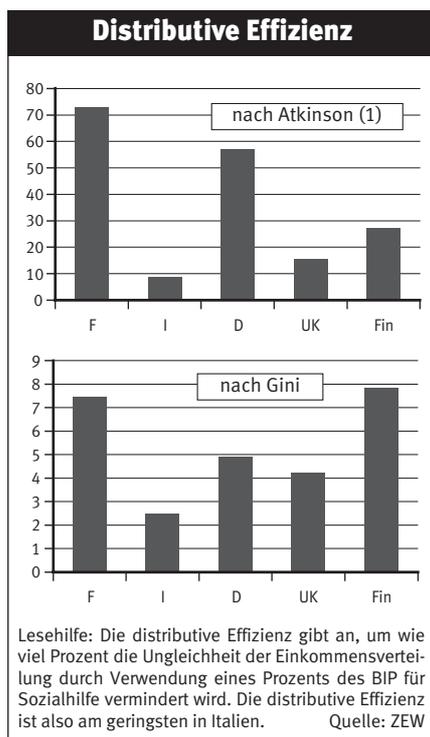
Das ZEW hat in Zusammenarbeit mit der Universität Hohenheim die Umverteilungseffekte europäischer Sozialhilfesysteme und die Ursachen für deren Unterschiede analysiert. Zentrales Kriterium war dabei der Zentralisierungsgrad der betrachteten Länder. Die Studie zeigt, dass ein mittlerer Dezentralisierungsgrad eine bessere distributive Effizienz hervorbringt als extrem zentralisierte oder extrem dezentralisierte Systeme.

■ Berechnet wurden die Umverteilungswirkungen der Sozialhilfe in Deutschland, Frankreich, Italien, Finnland und dem Vereinigten Königreich durch einen Vergleich der Einkommensungleichheit vor und nach Sozialhilfeleistungen anhand von Daten der Luxembourg Income Study (LIS). Als Ungleichheitsmaße wurden der Gini-Koeffizient und das Atkinson(1)-Maß verwendet. Für beide Maße wurde die Umverteilungseffektivität als prozentuale Reduzierung des Ungleichheitsmaßes durch die Gewährung von Sozialhilfe ermittelt. In beiden Fällen ist die Effektivität im Vereinigten Königreich am größten und in Italien am geringsten. Frankreich, Finnland und Deutschland liegen im Mittelfeld; aufgrund der unterschiedlichen statistischen Eigenschaften der Maße kann jedoch keine eindeutige Aussage über die Rangfolge dieser Ländersysteme getroffen werden.

Bei der Berechnung des Umverteilungseffekts blieb unberücksichtigt, dass die Systeme ein unterschiedliches Sozialhilfebudget aufweisen. Daher wurde für beide Ungleichheitsmaße die so genannte distributive Effizienz errechnet, die das Verhältnis der Effektivität zum Anteil der Sozialhilfeausgaben am BIP ausweist (siehe Grafik). Das Vereinigte Königreich fällt aufgrund seines hohen Budgets gegenüber der Effektivitätsberechnung auf den vorletzten Platz zurück. Für Frankreich, Deutschland und Finnland ist wiederum keine eindeutige Aussage über die Rangfolge möglich.

Rolle des Zentralisierungsgrads

Um Aufschluss über die Ursachen der Unterschiede zwischen den Ländern zu erhalten, wurden die europäischen Sozialhilfesysteme nach dem Grad ihrer Zentralisierung und ihrer Ausgestaltung klassifiziert. Die europäischen Länder



lassen sich nach ihrem Zentralisierungsgrad in vier Gruppen einteilen: Den höchsten Zentralisierungsgrad weisen Irland, das Vereinigte Königreich und die Niederlande auf. In der zweiten Gruppe befinden sich Dänemark, Frankreich, Belgien und Finnland. In der dritten Gruppe werden als vergleichsweise dezentrale Systeme Deutschland, Schweden, Österreich, Spanien und Italien zusammengefasst, während Griechenland und Portugal die am stärksten dezentralisierten Systeme aufweisen.

Die Gegenüberstellung mit den Ergebnissen der oben beschriebenen Verteilungsanalyse zeigt, dass entgegen der häufig anzutreffenden Argumentation dezentrale Systeme bei der Umverteilung nicht notwendigerweise effizienter sind. Die Resultate lassen vielmehr darauf schließen, dass ein mittlerer Dezentralisierungsgrad (Deutschland, Frankreich,

Finnland) eine bessere distributive Effizienz hervorbringt als das extrem zentralisierte britische oder das dezentralisierte italienische System.

Ausgestaltung der Sozialhilfe

Die Systeme können hinsichtlich der Ausgestaltung der Sozialhilfe in zwei Gruppen untergliedert werden. Die erste Gruppe umfasst die südeuropäischen Länder und Frankreich, die durch ein fragmentiertes beziehungsweise zeitlich begrenztes oder gar nicht vorhandenes Sozialhilfesystem gekennzeichnet sind. Die zweite Gruppe umfasst die britischen, zentral- und nordeuropäischen Länder, in denen universelle und zeitlich unbegrenzte Leistungen gewährt werden.

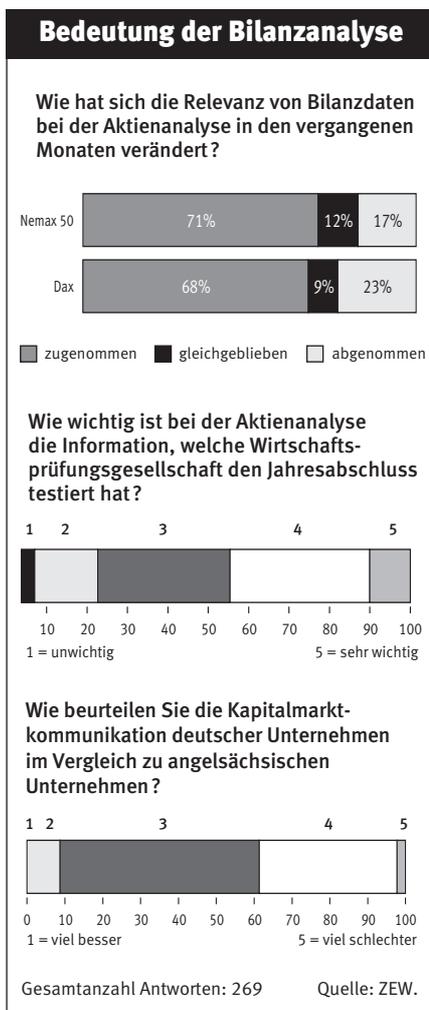
Die Studie zeigt, dass der Grundsatz „je mehr, desto besser“ nicht unbedingt gilt. Für die Effektivität weist zwar das Vereinigte Königreich mit seinem hohen Budget und Deckungsgrad klar die höchste Kennziffer auf, für die restlichen Länder ist jedoch kein Zusammenhang zwischen Budgetgröße und Verteilungswirkung zu erkennen. Auch schneiden die Systeme mit unbegrenzter Leistungsdauer (Finnland, Deutschland) nicht eindeutig besser ab als das französische System befristeter Leistungen. Bei Betrachtung der distributiven Effizienz löst sich der Zusammenhang zwischen Budgethöhe und Verteilungswirkung vollends auf: Das zeitlich befristete System Frankreichs erweist sich trotz vergleichsweise niedrigem Deckungsgrad und niedrigen Leistungen als effizienter gegenüber dem umfassenden, aber teuren britischen System, dem in Leistungshöhe und Deckungsgrad im Mittelfeld liegenden deutschen System und dem fragmentierten Niedrigbudgetsystem Italiens. ◀

Dr. Margit Kraus, kraus@zew.de;
Katja Hölsch, hoelsch@uni-hohenheim.de

ZEW-Forschungsergebnisse

Bilanz-Skandale und Aktienanalyse

Die Bilanz-Skandale der US-amerikanischen Unternehmen Worldcom, Enron und Xerox haben an den Weltbörsen zu nachhaltiger Verunsicherung geführt. Die Unternehmen hatten in den vergangenen Monaten Falschbuchungen in Höhe von mehreren Milliarden US-Dollar eingeräumt. Vor diesem Hintergrund hat auch für deutsche Finanzexperten die Bedeutung der Bilanzanalyse zugenommen. Dies bestätigt eine Umfrage im Rahmen des monatlichen ZEW-Finanzmarkttests.



■ Auf der Suche nach Wegmarken im unsicherer gewordenen Gelände gewinnt für Finanzexperten in Deutschland die kritische Durchleuchtung der Bilanzdaten der Unternehmen erheblich an Bedeutung. Bei der Aktienanalyse stehen nun wieder die harten Fakten an erster Stelle, während hoch gehandelte Potenziale und Visionen weniger wichtig erscheinen. Dies ist ein Ergebnis einer Umfrage des ZEW unter 269 Finanzexperten aus Banken, Versicherungen und großen Industrieunternehmen im Rahmen des ZEW-Finanzmarkttests im Juli.

Eine deutliche Mehrheit der befragten Finanzmarktexperten ist sich darin einig, dass die Relevanz von Bilanzdaten für die Analyse deutscher Aktien in den vergangenen Monaten stark zugenommen hat. Dies gilt sowohl für die Unternehmen des Dax als auch für die des Neuen Markts. Lediglich etwa ein Fünftel der Experten glaubt dagegen, dass die Bilanzdaten an Bedeutung verloren haben. Somit scheinen die jüngsten Meldungen über Bilanzierungstricks in den USA auch hierzulande dazu zu führen, dass Bilanzen kritischer unter die Lupe genommen werden. Jüngstes Beispiel ist die Diskussion um den Finanzdienstleister MLP. Des Weiteren scheint es insbesondere bei der Analyse von Technologieunternehmen

inzwischen wieder mehr auf eine solide finanzielle Situation anstatt auf etwaige Zukunftspotenziale anzukommen.

Neben dem kritischen Blick auf die Bilanzdaten kommt es für gut die Hälfte der Befragten bei der Bewertung eines Unternehmens inzwischen auch darauf an, welche Wirtschaftsprüfungsgesellschaft den Jahresabschluss testiert hat. Das zeigt, dass es in den Augen der Experten offensichtlich deutliche Unterschiede in der Qualität der Arbeit der Prüfer gibt. Dies mag in der Zukunft dazu führen, dass im Wettbewerb der Wirtschaftsprüfer noch stärker als bisher die Qualität der Prüfung den Ausschlag geben wird.

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Skepsis gegenüber Bilanzierungspraktiken kommt der Kapitalmarkt-kommunikation der Unternehmen im Rahmen der Investor Relations eine wichtige Rolle zu, um einem Vertrauensverlust bei den Investoren vorzubeugen beziehungsweise den Vertrauensverlust zu begrenzen. Hier kommt die ZEW-Befragung zu einem für deutsche börsennotierte Unternehmen erfreulichen Ergebnis: Mit wichtigen, kursrelevanten Informationen fühlen sich die Analysten in Deutschland beinahe ebenso gut versorgt wie in den USA oder Großbritannien.

Matthias Meitner, meitner@zew.de

Erster Fortschrittsbericht über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland liegt vor

Angesichts der Tatsache, dass die wirtschaftliche Lage in Ostdeutschland nach wie vor unbefriedigend ist, hat das Bundesministerium der Finanzen das ZEW sowie vier weitere wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute damit beauftragt, in jährlichen „Fortschrittsberichten“ ausgewählte Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern zu begutachten. Der erste Fortschrittsbericht zum Aufbau Ost liegt jetzt vor.

Auf diesen Seiten kann der Bericht im Internet heruntergeladen werden:

Kurzfassung: <http://www.iwh.uni-halle.de/d/publik/wiwa/7-02.pdf>

Langfassung: <http://www.iwh.uni-halle.de/d/start/News/pdf/Endbericht.pdf>

ZEW-Konferenz

Bericht vom ZEW Summer Workshop 2002 über Human Capital

■ Im Mai fand der vierte ZEW Summer Workshop, diesmal zum Thema „Human Capital“, statt. Zwölf Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus dem In- und Ausland hatten die Gelegenheit, an Vorlesungen von Professoren teilzunehmen und eigene Beiträge zu diskutieren.

Bernd Fitzenberger (Universität Mannheim) behandelte in seiner Vorlesung zum einen die Bestimmung des kausalen Effekts der Ausbildung auf das spätere Erwerbseinkommen. Zum anderen ging es um den Verlauf der Nachfrage nach Arbeitnehmern mit unterschiedlicher Qualifikation und wie sich die Lohnverteilung innerhalb von und zwischen diesen Ausbildungsgruppen entwickelt. Er ging dabei insbesondere auf das Verfahren der Quantilsregression zur Messung von Lohnungleichheit ein. Joop Hartog (Universität Amsterdam) konzentrierte sich auf den Risikoaspekt beim Erwerb von Humankapital. Er zeigte, dass Individuen Risiko bei Investitionen in Humankapital als nutzenmindernd empfinden. Deshalb wird beobachtet, dass sie Schultypen und Ausbildungsgänge bevorzugen, die Einkommensrisiken nach der Ausbildung minimieren. Die Chance auf eine sehr hohe Entlohnung für wenige wie zum Beispiel bei Musikern oder Sportlern beurteilen sie jedoch positiv. Eric Maurin (CREST-INSEE, Paris) befasste sich in seiner Vorlesung mit den Determinanten des Bildungserfolgs. Zunächst diskutierte er den Effekt des Familieneinkommens auf die Bildungsbeteiligung von Kindern in Entwicklungsländern. Anschließend stellte er Studien über den Einfluss sozialer Ungleichheit auf den schulischen Erfolg in Industrieländern vor, wobei er insbesondere auf methodische Aspekte einging. Schließlich thematisierte er die Determinanten der individuellen Bildungsentscheidung.

Die Teilnehmer der Summer School präsentierten ihre eigenen Forschungsergebnisse in fünf thematisch gegliederten Sitzungen. Iida Häkkinen (Universität Helsinki und Universität Uppsala) stellte eine empirische Arbeit zur Verweildauer finnischer Studenten in der Universitätsausbildung vor. Methodisch ähnlich ging

Wisssem Sassi (Universität Toulouse) vor, der sich mit den Übergängen von der Schule in die Erwerbsarbeit beziehungsweise in Phasen der Arbeitslosigkeit beschäftigte. Hendrik Jürges (MEA Mannheim) präsentierte seine Auswertung der TIMMS-Daten über den Bildungserfolg von Schülern, wobei er internationale Unterschiede in den Vordergrund stellte.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am ZEW Summer Workshop 2002.

Jesse Levin (Universität Amsterdam) verglich die Qualität von katholischen und öffentlichen Grundschulen in den Niederlanden anhand des Bildungsstandes der Schüler beider Einrichtungen.

Andreas Schäfer (Universität Rostock) präsentierte eine theoretische Studie, in der Fertilitäts- und Bildungsentscheidungen als intergenerationales Problem modelliert werden, und analysierte deren langfristigen Effekte auf das Wachstum. Francois Leclercq (Universität Paris Sorbonne) untersuchte die Determinanten von Kinderarbeit und Schulbeteiligung in Indien. Er unterschied dabei insbesondere die Rolle des Haushaltseinkommens von der Rolle anderer Faktoren wie der Haushaltszusammensetzung, der Schulkosten und der Grenzproduktivität der Kinderarbeit. Massimiliano Bratti (Universität Ancona) untersuchte den Effekt des Familieneinkommens auf den Bildungserfolg der Kinder auf der Grundlage englischer Daten. Christian Holzner

(ifo-Institut München) leitete in seinem Vortrag her, dass die Übernahme der Ausbildungskosten für allgemeines Humankapital durch die Unternehmen Ineffizienzen beseitigen kann, die ansonsten durch Friktionen, Lohnverhandlungen und Suchkosten entstehen. Dubravko Radi (Universität Frankfurt) zeigte, dass technologischer und organisatorischer

Wandel in den Unternehmen stark miteinander verknüpft sind. Während technologischer Wandel die Beschäftigung von qualifizierten Beschäftigten begünstigt, scheint dies beim organisatorischen Wandel nicht der Fall zu sein.

In der letzten Sitzung des Summer Workshops berichtete Astrid Kunze (IZA) über die Lohnunterschiede zwischen weiblichen und männlichen Berufseinsteigern. Ihren Ergebnissen zufolge beginnen Männer ihre Karriere mit einem Lohnvorsprung von 25 Prozent, der sich im Laufe der ersten acht Berufsjahre nicht verringert. Pedro Martins (Universität Warwick) präsentierte Forschungsergebnisse zum Zusammenhang von Bildung und Erwerbseinkommen in Portugal. Schließlich trug Antonio Capparos Ruiz (Universität Malaga) einen Ansatz zur Ermittlung der Lohneffekte von Arbeitsplatzwechseln vor. Seine empirische Analyse basierte auf spanischen Daten. ◀

Information: Katrin Voß, voss@zew.de

ZEW-Konferenz

Die Ökonomie von Informations- und Kommunikationstechnologien

■ Am 24. und 25. Juni 2002 richtete das ZEW zum zweiten Mal eine Konferenz zum Thema „The Economics of Information and Communication Technologies“ aus. Die Konferenz wurde finanziell durch die Landesstiftung Baden-Württemberg und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) unterstützt. Mehr als 60 Wissenschaftler aus Deutschland,

theoretische als auch empirisch-ökonomische Studien.

In einer ersten Plenary Session zeigte Eric Bartelsman (Universität Amsterdam) in einem Vergleich für mehrere OECD-Länder, dass die regulatorischen Rahmenbedingungen sowie die Marktdynamik eine wichtige Rolle für die Intensität der Nutzung von IKT spielen. Anschließend stell-

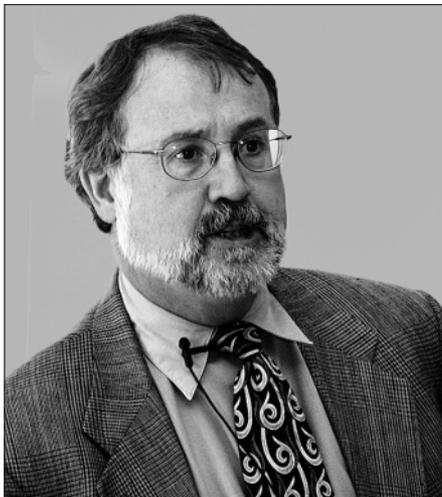
te die Auswirkungen aus dem Einsatz von IKT und die Konsequenzen für die Qualifikation von Arbeitskräften waren. Einzelne Sitzungen thematisierten die Determinanten der Diffusion von IKT, die Auswirkungen auf die Bildung von Marktgleichgewichten und die Preis- und Wettbewerbsdynamik auf elektronischen Märkten. Andere Vorträge gingen auf Fragen des Patentschutzes auf dem Software-Markt und auf spieltheoretische Aspekte der Internetökonomie ein.

In der vorletzten Plenary Session standen Fragen der Regulierung des Telekommunikationsmarkts im Vordergrund. Dabei ging es insbesondere um die ökonomischen Konsequenzen der Liberalisierung früherer Staatsmonopole, beispielsweise des Telekommunikationssektors. Martin Peitz (Universität Frankfurt) stellte ein spieltheoretisches Modell vor, in dem kostendeckende Netzzugangpreise für das etablierte Unternehmen und gewinnbringende Preise für Neuanbieter den Wettbewerbsdruck und damit die Gesamtwohlfahrt steigern. Lars Sørsgard (Norwegian School of Economics and Business Administration) unterschied in seinem Vortrag zwei Szenarien. Für den Fall, dass auf dem bisherigen Monopolmarkt neugegründete Unternehmen konkurrieren, sagt sein Modell ein Gleichgewicht voraus, in dem die neuen Unternehmer mit niedrigeren Preisen Marktanteile zu gewinnen suchen. Tritt aber ein etabliertes Unternehmen aus einem benachbarten Markt als Konkurrent auf, stellen wohlfahrtsschädliche Preisabsprachen eine Gefahr für den Wettbewerb dar.

In der abschließenden Sitzung stellte Stuart Graham (Haas School of Business, U.C. Berkely) die Entwicklung des Software-Markts in den USA dar. Dabei zeigte er auf, welche Konsequenzen legislative Änderungen auf das Patentierungsverhalten der Softwareanbieter hatten. Ein Vortrag von Andreas Panagopoulos (University of Toulouse) zu Innovationsanreizen in Europa schloss die Konferenz ab.

Das Programm und die Beiträge der Konferenz im Internet: www.zew.de/ict-conference2

Information: Thomas Hempell, hempell@zew.de



Prominente Vortragende bei der IKT-Konferenz: Ernst Berndt (links) und John van Reenen (rechts)

Europa und den USA trugen zu Vorträgen und Diskussionen bei. Aus einer großen Zahl von Einreichungen hatte das wissenschaftliche Komitee, bestehend aus Ernst Berndt (MIT Sloan School of Management, USA), Dietmar Harhoff (Universität München), Francis Kramarz (CREST-INSEE, Frankreich), Georg Licht (ZEW), Is-haq N. Nadiri (New York University), Luc Soete (MERIT and Institute of Infonomics, Niederlande) und Konrad Stahl (Universität Mannheim), das Programm zusammengestellt.

Ziel der Konferenz war es, die ökonomischen Aspekte von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu beleuchten und den Stand der Forschung aufzuzeigen. Dabei standen die Determinanten und Auswirkungen der Diffusion von IKT und die ökonomischen Besonderheiten des IKT-produzierenden Sektors im Vordergrund. Die insgesamt 32 vorgestellten Papiere behandelten sowohl mikro- als auch makroökonomische Aspekte von IKT und umfassten sowohl

te Lex Borghans (Universität Maastricht) eine empirische Studie zur Diffusion von Computern in Unternehmen und die damit verbundene Entwicklung der Lohnstruktur vor. Demnach werden Computer zunächst bei ohnehin produktiveren Beschäftigten eingesetzt und erst mit fallenden Computerpreisen auch bei den weniger produktiven Mitarbeitern.

Die zweite Plenary Session thematisierte die Preisentwicklung und Marktdynamik des IKT-produzierenden Sektors. John van Reenen (University College London) zeigte an ökonomisch geschätzten Nachfragefunktionen, dass der Markt für Work Group Server durch hohe Marktmacht einzelner Anbieter gekennzeichnet ist, der regulatorische Eingriffe rechtfertigen könnte. Ernst Berndt (MIT) stellte neue Herausforderungen an die Messung von PC-Preisen mit Hilfe hedonischer Regressionstechniken dar.

Anschließend fanden mehrere Parallel Sessions statt, deren thematische Schwerpunkte die Preissetzungsstrategien und Marktstrukturen im IKT-Sektor, die Pro-

ZEW-Kolloquium

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Jahr 2010 – eine Reformvision

Im ZEW-Kolloquium referierte PD Dr. Alexander Spermann, neuer Leiter des Forschungsbereichs Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung, über Reformen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

■ Die Arbeitsmarktsituation in Deutschland ist im europäischen Vergleich durch hohe Arbeitslosigkeit, geringe Beschäftigung und hohe Langzeitarbeitslosigkeit gekennzeichnet. Dabei spielt die Ausgestaltung der im europäischen Vergleich hohen Sozialhilfe in Deutschland eine wichtige Rolle. Der durchschnittliche Bedarf für beispielsweise eine alleinerziehende Mutter mit Kind beträgt zur Zeit etwa 1.000 Euro im Monat. Erzielt die alleinerziehende Mutter ein eigenes Nettoeinkommen, so wird dieses Einkommen nach den bestehenden Regelungen fast vollständig auf die Sozialhilfe angerechnet. Damit werden zumindest aus finanzieller Sicht gering entlohnte Stellen sowie Teilzeitjobs weitgehend uninteressant für Hilfeempfänger. Außerdem ist das Netto-Einkommen, das Alleinerziehende erzielen müssen, um aus der Sozialhilfe herauszukommen, mit 1.215 Euro relativ hoch.

„Aktivierende Sozialhilfe“

Vor diesem Hintergrund wurde eine Vielzahl von Reformvorschlägen entwickelt, um die Arbeitsaufnahme von Sozialhilfeempfängern zu befördern. Ein Reformvorschlag kam im Mai dieses Jahres vom Münchener ifo-Institut. Unter dem Stichwort „Aktivierende Sozialhilfe“ wurden drei Reformbausteine vorgeschlagen.

Erstens soll die Sozialhilfe für erwerbsfähige Personen deutlich gesenkt werden. Zweitens soll eine Lohnsteuergutschrift nach dem Vorbild des amerikanischen Earned Income Tax Credits eingeführt werden – an Neubeschäftigte, aber auch an bereits Beschäftigte. Und drittens soll für die Personen, die bei gesenkter Sozialhilfe nicht sofort eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt finden, eine staatliche Beschäftigungsmöglichkeit ge-

schaffen werden, bei der ein Nettoeinkommen in Höhe der Sozialhilfe erzielt werden kann. Das ifo-Modell kann man als so genanntes Armutslückenkonzept in der Tradition von Milton Friedman bezeichnen, wobei im großen Umfang der zweite Arbeitsmarkt ausgebaut werden soll.

Der zentrale Schwachpunkt des Friedman-ifo-Modells liegt darin, dass es den Umfang und die Dauerhaftigkeit des zweiten Arbeitsmarkts unterschätzt. Die Worst-Case-Variante, bei der 60 Prozent der Hilfeempfänger vom ersten Arbeitsmarkt absorbiert werden, 603.000 Personen eine kommunale Arbeit aufnehmen und 301.000 Personen keine Arbeit aufnehmen, sodass 1,3 Milliarden Euro zusätzliche Kosten entstehen, erscheint viel zu optimistisch. Es kommt hinzu, dass die Kostenberechnungen von Verwaltungskosten abstrahieren. Bei der Realisierung des „Münchener Modells“ dürften die Überwachungs- und Organisationskosten jedoch sehr hoch sein. Drittens wird die Bedeutung von „Job Centern“ nicht ausreichend berücksichtigt. Beim US-Erfolgsmodell „Wisconsin Works“ stellt die intensive Beratung und Vermittlung der Hilfeempfänger bei einem Personalschlüssel von einem Case Manager auf 50 Hilfeempfänger eine wesentliche Rolle. Die Einstellung von Case Managern ist mit nicht zu vernachlässigenden fiskalischen Kosten verbunden.

Vier-Komponenten-Modell

Als Alternative zum Friedman-ifo-Modell schlug Spermann das Vier-Komponenten-Modell vor. Die erste und zweite Komponente zielen auf die Reformierung der Arbeitslosenversicherung in Richtung auf eine Grundversicherung mit Wahlтарifen. Die dritte Komponente – das so genannte Einstiegsgeld Plus – sieht eine Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf dem Niveau der Sozialhilfe vor. Die dabei erzielten Einsparungen werden zur deutlichen Verbesserung der Relation zwischen Fallmanagern und Arbeitslosen in staatlichen GmbHs zur Vermittlung von Arbeitslosen verwendet



PD Dr. Alexander Spermann

(Plus-Teilkomponente). Die Zuverdienstmöglichkeiten der Hilfeempfänger werden gleichzeitig zeitlich befristet deutlich verbessert (Einstiegsgeld-Teilkomponente). Die vierte Komponente entspricht einem Friedman-Armutslückenkonzept, das nach Auslaufen des zeitlich befristeten Einstiegsgeldes einsetzt. Auf diese Art und Weise vermeidet man, bereits bei Antragstellung der Hilfeempfänger deren Arbeitsfähigkeit durch ein (sehr teures) Angebot an öffentlicher Arbeit feststellen zu müssen.

Da in der dritten Komponente eine zeitlich degressive Ausgestaltung des Einstiegsgeldes vorgeschlagen wurde, sind die Arbeitsanreize für die Hilfeempfänger hoch. Da das Sozialhilfeniveau unangetastet bleibt, sind die Arbeitsanreize jedoch geringer als beim Friedman-ifo-Modell. Andererseits kann auf den umfangreichen Ausbau des zweiten Arbeitsmarkts verzichtet werden.

Einschränkend ist festzuhalten: Reformvorschläge, die auf eine Verbesserung der Effizienz der Vermittlung ausgerichtet sind, führen durch die Verkürzung der Dauer der Arbeitslosigkeit zwar zu einem Rückgang der Arbeitslosenquote. Es werden jedoch bei unverändertem Reallohniveau keine zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen. ◀

Information: PD Dr. Alexander Spermann,
spermann@zew.de

ZEW intern

Professor Richard Deaves zu Gast am ZEW



Professor Richard Deaves

■ In der Zeit vom 23. Juni bis 19. Juli 2002 hat Professor Richard Deaves einen Forschungsaufenthalt am ZEW im Forschungsbereich Internationale Finanzmärkte, Finanzmanagement und Makroökonomie verbracht. Richard Deaves lehrt an der McMaster University in Ontario, unterrichtet jedoch bis Ende 2002 noch an der Crummer Graduate School of Business, Rollins College, Florida.

Seine Forschungen decken ein weites Spektrum an Themen in der Finanzmarktforschung ab. So beschäftigt er sich beispielsweise mit der Analyse von Markteffizienz, der Modellierung und

Prognose von Zinsen, Preisbildung an Terminmärkten und der Performanceanalyse von Investmentfonds. Seine aktuellen Forschungsschwerpunkte beziehen sich auf die Analyse experimenteller Kapitalmärkte und Behavioral Finance. Konkret möchte er in naher Zukunft in mehreren Ländern (Kanada, Deutschland, Singapur) ein Experiment durchführen, das die Hypothese einer übertrieben großen Selbstsicherheit (overconfidence bias) von Investoren bezüglich des Erfolges ihrer Kapitalmarkt einschätzung untersucht. ◀

Information: Dr. Michael Schröder,
schroeder@zew.de

ZEW begrüßt erste ständige Gastprofessoren

■ Die Institution der ständigen Gastprofessuren ist eine neue Einrichtung am ZEW. Sie wurde ins Leben gerufen, um die seit langem sehr erfolgreich etablierten Forschungsprofessoren zu ergänzen.

Die Arbeit der ständigen Gastprofessoren geht allerdings noch über die der Forschungsprofessoren hinaus. Sie sollen aktiv ihre wissenschaftliche Kompetenz in Gebieten einbringen, die am ZEW

einen festen Vertrag und sind dort zu festen Zeitpunkten erreichbar.

Es ist geplant, für alle Forschungsbereiche des ZEW ständige Gastprofessoren zu ernennen. Ein Anfang ist bereits ge-



Professor Bernd Fitzenberger

macht. Es ist dem ZEW gelungen, zwei renommierte Wissenschaftler als ständige Gastprofessoren zu gewinnen: Professor Bernd Fitzenberger (Universität Mannheim) und Professor Reinhold Schnabel (Universität Essen). Beide werden im Forschungsbereich Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung angesiedelt. Schwerpunktmäßig wird sich Fitzenberger mit der Evaluationsforschung beschäftigen und Schnabel mit dem Thema Soziale Sicherung. ◀



Professor Reinhold Schnabel

neu aufgebaut oder weiterentwickelt werden. Weiterhin ist vorgesehen, dass sie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZEW auf diesen Gebieten schulen und sich ebenfalls aktiv an der Akquisition von Drittmitteln beteiligen. Sie erhalten

Dr. Friedhelm Pfeiffer beendet Habilitation

■ PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, Wissenschaftler im ZEW-Forschungsbereich Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung, hat im Juni 2002 seine Habilitation zum Thema „Lohnrigiditäten im gemischten Lohnbildungssystem“ an der Universität Mannheim abgeschlossen.

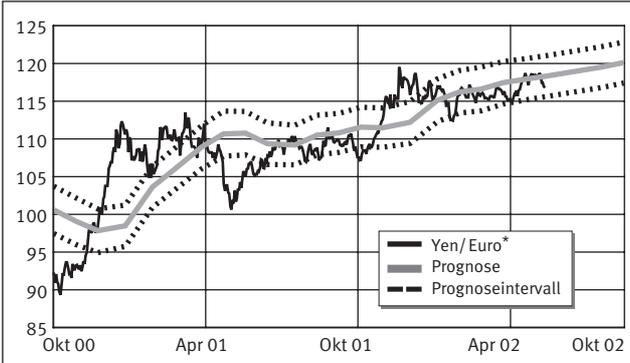
Die Habilitationsschrift beschäftigt sich in einer ausführlichen theoretischen und ökonometrischen Analyse mit der auch wirtschaftspolitisch wichtigen Frage, inwieweit und warum Löhne nach unten nicht flexibel genug sind, um Arbeitslosigkeit zu verhindern.



PD Dr. Friedhelm Pfeiffer

Daten und Fakten

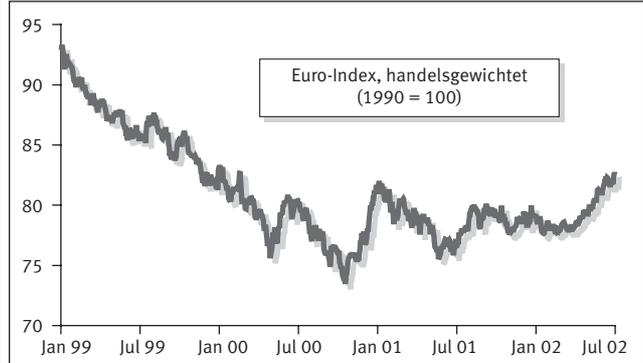
ZEW-Finanzmarkttest im Juli: Japan interveniert zur Stützung des Exports



Quelle: *Thomson Financial Datastream; ZEW

Auch Japan hat sich den negativen Tendenzen an den weltweiten Aktienmärkten nicht entziehen können. Um den exportgetriebenen Aufschwung nicht zu gefährden, versucht die japanische Zentralbank, die rasante Erholung des Yen gegenüber dem US-Dollar in jüngster Zeit zu bremsen. Japan hat seit Anfang Mai 3,3 Billionen Yen am Devisenmarkt verkauft im Vergleich zu 3,2 Billionen Yen im ganzen Jahr 2001. Die befragten Experten glauben an den Erfolg der Interventionen und gehen mittelfristig von einer weiteren Abwertung des Yen gegenüber dem Euro aus. Zudem sehen sie auf der Basis der zurückgefallenen Aktienkurse neue Chancen für den Nikkei-225.
Volker Kleff@zew.de

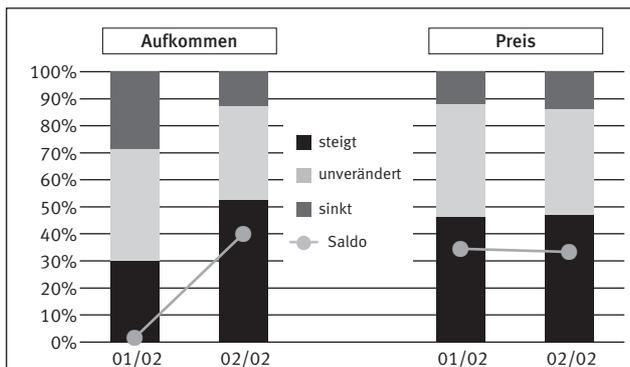
Aufwertung des Euros dämpft Inflation im Euroraum



Quelle: Thomson Financial Datastream

Die derzeitige deutliche Aufwertung des Euros gegenüber dem US-Dollar und anderen Währungen wird die Inflation im Euroraum dämpfen. Eine aktuelle ZEW-Studie zeigt, dass der jüngste Anstieg des handelsgewichteten Euro-Wechselkurses um bislang etwa fünf Prozent seit Anfang dieses Jahres die Inflationsrate um gut 0,2 Prozentpunkte verringern dürfte. Der Außenwert des Euros sollte daher für die weitere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Die Wahrscheinlichkeit, dass die EZB die Leitzinsen noch in diesem Jahr erhöht, wird durch die inflationshemmende Euro-Aufwertung geringer.
Felix Hüfner, hufner@zew.de

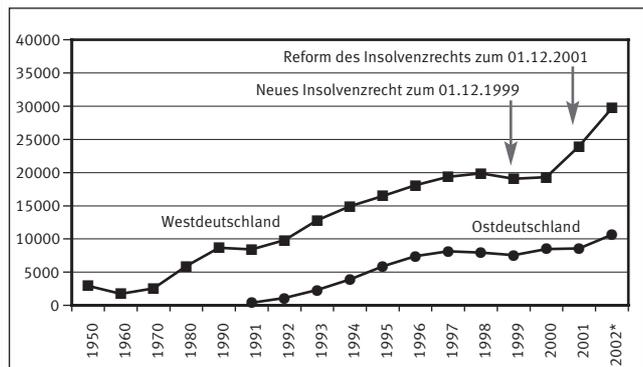
Luftfracht Nordamerika – starkes Mengenwachstum erwartet



Quelle: ZEW

Die Experten des German Parcel TransportmarktBarometers erwarten annähernd konstante Preissteigerungen im Luftfrachtverkehr zwischen Deutschland und Nordamerika: Rund 47 Prozent rechnen mit steigenden, etwa 39 Prozent mit unveränderten Preisen. Von einer deutlich positiveren Entwicklung als im Vorquartal geht die Mehrheit der Experten hingegen bei den Frachtmengen aus. Lag der Saldo aus steigenden und sinkenden Aufkommen im ersten Quartal 2002 bei zwei Prozent, stieg er im zweiten Quartal auf etwa 40 Prozent. Nachdem die Frachtmengen in 2001 um 9,5 Prozent gesunken waren, hoffen die Carrier nun darauf, dass diese Entwicklung der Anfang der Trendwende ist.
Georg Bühler, buehler@zew.de

Mehr Unternehmensinsolvenzen durch neues Insolvenzrecht ?



Quelle: Creditreform-Datenbank, eigene Berechnungen; Angaben 2002 geschätzt.

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist im Jahr 2001 auf mehr als 32.000 gestiegen und hat damit ein neues Rekordhoch erreicht. Auch für das Jahr 2002 prognostiziert Creditreform keine rosigen Aussichten. Ob das neue Insolvenzrecht dazu beiträgt, dass die Zahl der Insolvenzen stark zugenommen hat, ist bisher noch unklar. Insbesondere in den Jahren 1999 und 2000 blieb der erwartete Anstieg in Folge des neuen Insolvenzstatbestandes der drohenden Zahlungsunfähigkeit aus. Dieser Tatbestand erlaubt es dem Schuldner, selbst einen Insolvenzantrag zu stellen, um so den Betrieb mit einem ihm zur Seite gestellten Verwalter zu erhalten.
Dirk Engel, engel@zew.de



standpunkt

Zertifikatehandel

Auf Grund der Verpflichtungen, die Deutschland im Rahmen des im März 2002 vom Deutschen Bundestag ratifizierten Kyoto-Protokolls und des europäischen „Burden-sharing“ eingegangen ist, sind nun vom Gesetzgeber verbindliche Vorgaben geschaffen worden. Es geht jetzt nicht mehr um das „ob“, sondern allein um das „wie“. Wie können die Klimaschutzverpflichtungen effektiv, also bei hoher Zielgenauigkeit, und effizient, also unter möglichst geringen Kosten, umgesetzt werden?

Hohe Zielgenauigkeit heißt, dass in erster Linie an den CO₂-Emissionen angesetzt werden muss, die nach Aussagen von Naturwissenschaftlern maßgeblich den Treibhauseffekt verursachen. Bei den Kosten ist zuvorderst an die Vermeidungskosten von CO₂-Emissionen zu denken, vor allem an die daraus resultierenden Einbußen bei der Höhe der Realeinkommen. Dass die Klimaschutzziele zum Nulltarif zu haben seien, vielleicht sogar noch eine „doppelte Dividende“ abwerfen würden, nämlich – neben einer verbesserten Umweltqualität – in Form eines höheren Beschäftigungsstandes, entspricht weitgehend einem Wunschdenken. So angenehm kann man sich nicht – wie weiland München – am eigenen Schopf aus der doppelten Misere ziehen.

Zur Umsetzung der EU-Verpflichtungen beabsichtigt die EU-Kommission die Einführung eines gemeinschaftsweiten Emissionshandelssystems und hat dazu den Entwurf einer Richtlinie vorgelegt. Energieintensive Anlagen dürfen demnach vom Jahre 2005 an nur noch in Höhe der in den Zertifikaten angegebenen Beträge CO₂ in die Luft emittieren. Die Zertifikate werden den betreffenden Unternehmen individuell zugeteilt. Damit wird für den energieintensiven Bereich eine punktgenaue Einhaltung der Emissionsziele bei minimalen Vermeidungskosten erreicht. Die einzelnen Mitgliedsstaaten erhalten indes einen gewissen Ermessensspielraum, um nationale und branchenspezifische Besonderheiten sowie bereits realisierte Klimaschutzinvestitionen zu berücksichtigen. Hier gilt es für die betroffenen Akteure in Deutschland einzuhaken und ihre Interessen geltend zu

machen. Zwar sind sie gut beraten, grundsätzlich von der Tatsache der künftigen Einführung eines Emissionshandels auszugehen und keine prinzipielle Ablehnungsfront aufzubauen. Andererseits verdienen sie Zustimmung, wenn sie vor einer kontraproduktiven Ausgestaltung des Zertifikatehandels warnen.

Berechtigt ist die Forderung, die beachtlichen Vorleistungen inländischer Unternehmen beim Klimaschutz zu berücksichtigen. Dies kann durch die Wahl eines geeigneten, weiter zurückliegenden Basisjahres für die kostenlose Erstausrüstung mit Zertifikaten erreicht werden. Des Weiteren sollte es sich für ein Unternehmen möglichst wenig lohnen, seine Produktionsanlagen hierzulande zu schließen und seine Zertifikate zu verkaufen, um dann in Staaten mit niedrigeren Emissionskosten die gleichen Emissionen zu tätigen. Wenn bei Produktionsstilllegungen die Zertifikate sofort verfallen und es einen international einheitlichen Zertifikatepreis gibt – weil der auf Grund des Emissionsrechts gestattete Schadstoffausstoß regional nicht begrenzt ist –, dann dürfte sich eine solche Standortverlagerung weit weniger rechnen. Ganz verhindern wird man sie wohl nicht können. Schließlich werden nicht ohne Berechtigung Kostengesichtspunkte vorgetragen. Zwar entstehen diese auch bei einer zielgenauen Ökosteuer (also ohne weitgehende Ausnahmeregelungen), gleichwohl sprechen die unzureichenden Erfahrungen bezüglich eines Emissionshandels und die damit verbundene Unsicherheit über Zertifikatepreise und andere Kosten für ein behutsames Vorgehen bei der Einführung im Sinne eines allmählichen „Einübens“. Hierbei ist es durchaus überlegenswert, dass der Staat den Industrieverbänden die Zertifikate in Höhe der freiwillig eingegangenen Selbstverpflichtungen zur Verfügung stellt. Wenn Klimaschutzziele freiwillig erreicht werden – warum nicht?

Wolfgang Fran

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Fran

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung: mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

Druck: Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher